

Informationen gemäß Art. 13, Art. 14 und Art. 21 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Sehr geehrte Bürgerin, sehr geehrter Bürger,

wir informieren Sie nachstehend gemäß Art. 13 und Art. 14 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer Daten und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht.

Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?

Stadt Wilhelmshaven

Oberbürgermeister Carsten Feist

Telefon: 04421 16-2411

E-Mail: Oberbuergermeister@wilhelmshaven.de

Vertreten durch:

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Rathausplatz 9 | 26382 Wilhelmshaven

Telefon: 04421 16-2630

E-Mail: stadtplanung@wilhelmshaven.de

Bei Fragen zum Datenschutz oder vermuteten Verletzungen des Datenschutzrechtes können Sie sich an die Datenschutzstellen der Stadt Wilhelmshaven wenden:

Datenschutzbeauftragte

Telefon: 04421 16-1214

E-Mail: datenschutz@wilhelmshaven.de

Ihnen steht zudem ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde zu:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz
Niedersachsen

Prinzenstraße 5 | 30159 Hannover

Telefon: 0511-120-4500 | Fax: 0511-120-4599

E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de

Internet: lfd.niedersachsen.de

Wofür verarbeiten wir die Daten und auf welcher Rechtsgrundlage?

Ihre personenbezogenen Daten werden im Zusammenhang mit der Erstellung des qualifizierten Mietspiegels in der Stadt Wilhelmshaven erhoben. Die Erhebung erfolgt auf Grundlage von Art. 238 § 1 Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB).

Welche Daten nutzen wir für die Befragung?

Um die Befragung für die Erstellung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Wilhelmshaven durchführen zu können, wurden folgende Daten von der Stadt Wilhelmshaven zur Verfügung gestellt: Stammdaten (z. B. Vor- und Zuname, Adresse) und Grundsteuerdaten. Die Verarbeitung erfolgt auf Grundlage von Art. 238 § 1 Abs. 1 und 2 EGBGB sowie im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gemäß Artikel 6 Abs. 1

Buchstabe e DSGVO in Verbindung mit § 3 Niedersächsisches Datenschutzgesetz (NDSG).

Auskunftspflicht der Befragten

Sie sind nach Art. 238 § 2 Abs. 1 und 2 EGBGB zur Teilnahme an der Befragung verpflichtet.

Sollten Sie der Auskunftspflicht vorsätzlich oder fahrlässig nicht, nicht rechtzeitig, nicht richtig oder nicht vollständig nachkommen, handeln Sie ordnungswidrig. Dies kann mit einer Geldbuße von bis zu fünftausend Euro geahndet werden (Art. 238 § 4 Abs. 1 und 2 EGBGB).

Empfänger der Daten

Das ALP Institut für Wohnen und Stadtentwicklung GmbH wurde nach Art. 238 § 2 Abs. 3 EGBGB mit der Erhebung beauftragt und erhält die Daten. Bei ALP erhalten nur diejenigen Personen Zugriff auf Ihre Daten, für deren Aufgabenerfüllung die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist.

Wie lange speichern wir Ihre Daten?

Die personenbezogenen Daten werden gelöscht, wenn der qualifizierte Mietspiegel vorliegt. Sie haben außerdem das Recht nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einzulegen.

Information über Ihr Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO:

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, Widerspruch einzulegen.

Der Widerspruch erfolgt formfrei an:

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Rathausplatz 9 | 26382 Wilhelmshaven

Telefon: 04421 16-2630

E-Mail: stadtplanung@wilhelmshaven.de

Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Nein, eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes – EWR) findet nicht statt.

Welche Datenschutzrechte haben Sie?

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DSGVO insbesondere folgende Rechte:

- a. Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DSGVO).
- b. Recht auf Datenberichtigung, sofern die Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DSGVO).
- c. Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DSGVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DSGVO.
- d. Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung. Das Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung besteht zudem, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 b, c und d DSGVO).
- e. Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DSGVO).

Es gelten nach dem Niedersächsischen Datenschutzgesetz (NDSG) Beschränkungen der Informationspflicht, der Auskunftspflicht, des Widerspruchsrechts und der Pflicht zur Benachrichtigung der von einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten betroffenen Person nach den §§ 8 und 9 NDSG.

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, werden wir prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.